

Ökologie

Besuchen Sie Bali, solange es noch steht...

Von Thadeus Pato | 1. Januar 2008

Zu den Hochzeiten der Friedensbewegung schaffte es die Band Geier Sturzflug mit dem Gassenhauer „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“, in Dieter Hecks Kabinett des Grauens namens „Hitparade“. Es handelte sich um ein Zitat: Ein amerikanisches Reisebüro hatte mit diesem Slogan die „Nachrüstungs“debatte genutzt, um Europareisen anzupreisen. Es steht zu erwarten, dass das Unternehmen demnächst mit dem obigen Slogan auf Kundenfang geht, denn die so genannte Balikonferenz bzw. ihre völlig unzureichenden Ergebnisse werden die Insel unter Umständen ihrer schönen Strände berauben.

Zu den Hochzeiten der Friedensbewegung schaffte es die Band Geier Sturzflug mit dem Gassenhauer „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“, in Dieter Hecks Kabinett des Grauens namens „Hitparade“. Es handelte sich um ein Zitat: Ein amerikanisches Reisebüro hatte mit diesem Slogan die „Nachrüstungs“debatte genutzt, um Europareisen anzupreisen. Es steht zu erwarten, dass das Unternehmen demnächst mit dem obigen Slogan auf Kundenfang geht, denn die so genannte Balikonferenz bzw. ihre völlig unzureichenden Ergebnisse werden die Insel unter Umständen ihrer schönen Strände berauben.

Natürlich wurde das Ergebnis hinterher schönegeredet, nur nicht von der Bush-Administration, der es immer noch zu weit ging. Dabei hätte sie doch zufrieden sein müssen, denn sie hat ihr Hauptziel erreicht: konkrete Ziele wurden nicht beschlossen und die „Verpflichtungen“ bewegen sich auf einer so allgemeinen Ebene, dass der Interpretationsspielraum größer ist als Herrn Bushs Golfplatz.

Es gab im Grunde nur zwei konkrete Zahlen. Zum einen sollen die Verhandlungen für das nächste Klimaabkommen (sogenanntes Kyoto-Nachfolgeprotokoll) 2009 abgeschlossen sein. Und zum anderen soll es im nächsten Jahr vier große Klimakonferenzen geben – zu denen dann vermutlich die ExpertInnen samt ihrer Entourage klimafreundlich im Jet anreisen werden. Was die Reduktionsziele betrifft, so wurden sämtliche Zahlen – der IPCC (International Panel on Climate Change) fordert eine Reduktion der Treibhausgase um 25%-40% bis 2020, gemessen am Ausstoss 1990 – aus dem Abschlussdokument entfernt.

Dabei sind diese Zahlen noch viel zu niedrig. Umweltschutzorganisationen fordern eine Reduktion um 70%. Die Situation ist paradox: Es gibt keinerlei ernstzunehmenden wissenschaftlichen Zweifel mehr am Klimawandel und seinen Ursachen, aber die Herrschenden sind nicht willens und/oder in der Lage, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Stattdessen wurde schon einmal signalisiert, wie man sich die „Lösung“ vorstellt: Es soll den armen Ländern „geholfen“ werden, sich auf die Folgen des Klimawandels einzustellen, etwa durch Hilfe beim Deichbau. Die Deiche werden sie auch dringend brauchen, wenn es in der Klimapolitik keinen radikalen Wandel gibt. Gegen die rasante Abholzung soll mit „positiven Anreizen“ vorgegangen werden. Währenddessen holzen die japanischen Konzerne weiterhin großflächig die Urwälder ab (z.B. in Mindanao) und die skandinavischen bauen eine der grössten Papierfabriken der Welt in Uruguay.

Marktorientierter Umweltschutz?

Der Kern des Problems ist, dass über die Frage, ob der Klimawandel mit den Methoden der Marktwirtschaft rasch und wirksam zu bekämpfen ist, kein Wort verloren wird. Wenn die Balikonferenz eines gezeigt hat, dann, dass der größte Hinderungsgrund für eine wirksame Klimapolitik das Wirtschaftssystem ist, dem wir diese katastrophale Entwicklung zu verdanken haben – was ja auch wiederum in gewisser Weise logisch ist. Der so genannte Emissionshandel beispielsweise bestand in Deutschland, als das erste Kyoto-Protokoll kam, darin, den Unternehmen die Emissionsrechte zu schenken. Man muss ja die einheimische Wirtschaft schützen. Und in China geht weiterhin alle paar Tage ein Kohlekraftwerk ans Netz. Dieses Wirtschaftssystem kann mit Nachhaltigkeit nichts anfangen, es wendet sich gegen sich selbst. Und die VerliererInnen werden dieses Mal alle sein – nur wird es wie üblich die Ärmsten zuerst und am härtesten treffen.

Was wir statt des windelweichen Bali-Kompromisses gebraucht hätten, wäre ein radikales Sofortprogramm mit einer solidarischen internationalen Planung. Aber das geht mit einer Weltordnung nicht, die auf Konkurrenz statt Solidarität, Ausbeutung des Globus wie der darauf lebenden Menschen statt gleichberechtigtem Zusammenleben gegründet ist. Und deshalb ist der Kampf gegen die katastrophale Klimapolitik der herrschenden politischen Klasse und ihrer Souffleure aus der Wirtschaft nicht zu führen, ohne sich gegen dieses System insgesamt zu richten.

Dem pazifischen Inselstaat Tuvalu allerdings hätte auch eine Revolution in Bali nichts genützt. Er ist bereits jetzt zum Tode verurteilt. Die Inseln von Tuvalu liegen nur Zentimeter über dem Wasserspiegel, die höchste Erhebung misst 3 Meter. Selbst bei einem theoretischen sofortigen Stop der Emissionen würde sich das auf das Klima erst in 30 – 50 Jahren merkbar auswirken. Bis dahin gibt es Tuvalu nicht mehr, und den Kuta Beach auf Bali vermutlich auch nicht. Wahrscheinlich wird die TUI dann einen aufschütten lassen. Denn das ist zwar ökologischer Unsinn, aber es schafft Arbeitsplätze und generiert Profite.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 1. Januar 2008

in der Kategorie: **Ökologie, RSB4.**